Globale Nachhaltigkeitsziele - von der UN ins Quartier

Zusammenfassung der Workshops und Plena des 10. bundesweiten Fortbildungs- und Netzwerkkongress für lokales Nachhaltigkeitsengagement am 27. bis 28. Oktober 2016 in Dortmund

Der Netzwerk21Kongress 2016 in Dortmund war einmal mehr ein „Branchentreff“ der Nachhaltigkeit. In besonderer Weise ging es um das gegenseitige Bestärken und das Lernen durch gute Beispiele. Das Netzwerk der Nachhaltigkeitsakteure hat wieder neue Maschen und Verknüpfungen bekommen. Dies kann man schon an der bunten Mischung der Teilnehmerschaft erkennen. Unter den 293 Teilnehmer_innen waren 124 Vertreter_innen von Initiativen und Vereine, 68 von Verwaltungen, 34 von Unternehmen, 25 von wissenschaftliche Einrichtungen, 9 von Stiftungen, 5 von kirchliche Einrichtungen, 4 Politiker_innen, 2 Journalist_innen und zahlreiche Einzelpersonen.

25% der Teilnehmenden sind „Wiederholungstäter“ und nutzen den Kongress, teilweise schon seit dem ersten Kongress in Berlin als Ort der Netzwerkbildung und des Diskurses von Strategien und Umsetzungsmethoden. Aus jeweils mindestens 10 Bundesländern konnten Teilnehmer_innen zu den Kongressen begrüßt werden. Besonders der Kongress in Dortmund konnte sich im Rahmen der Evaluierung sehr gute Noten abholen. Vom Kongressschwerpunkt über die Angebote zum aktiven Austausch bis hin zu den Workshops wurden mehrheitlich die Erwartungen erfüllt. Auch die Kongressorganisation bekam für den Kongressort selbst, den Kongressablauf, die Formatvielfalt, das Pausenregime sowie das Catering beste Punkte.

Kernanliegen des Kongresses ist der Austausch und die fachliche Stärkung der Nachhaltigkeitsakteure. Dennoch gibt es, neben den Präsentationen, die auf der Kongresswebsite www.netzwerk21kongress.de nachlesbar sind, Statements und Hinweise die Anregungen für Interessenten sein können, die nicht am Kongress teilnehmen konnten. Darüber hinaus gibt es auch offene Fragen, Forderungen und Botschaften, die an zuständige Institutionen weitergeleitet werden sollten. Zu diesen beiden Zwecken wurde die nachfolgenden Schlaglichter aus Plenas und Workshops zusammengetragen. Sie sollen zu Nachfrage und Kontaktaufnahme anregen. Unterstützung dazu leistet das Kongressteam gern.

+++ Schlaglichter + Botschaften + Statements + Diskussionen + Offene Fragen +++++

Lasst uns „Teilzeitheilige“ werden, um den Anforderungen an eine zukunftsfähige Entwicklung gerecht werden zu können – im Kleinen wie im Großen.
Dr. Barbara Hendricks | Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Wir sollten „Kirchturmpolitik im besten Sinn“ betreiben – jeder möge bei sich vor Ort die Dinge in Ordnung bringen.
Dr. h.c. Alfred Buß | Vorstandsvorsitzender | Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW

Nachhaltigkeit ist die Option im Strukturwandel - nur so kann sich die Stadt zukunftsfähig aufstellen. So entstand der Phönixsee aus der Asche der Hösch-Stahlhütte.
Ullrich Sierau | Oberbürgermeister | Stadt Dortmund

Nationale Nachhaltigkeitsstrategie hat die Sustainable Development Goals (SDGs) der UN mit konkreten Zielen unterlegt. Auf dieser Grundlage sollen mehr Kommunen für die Nachhaltigkeitsziele gewonnen werden. Durch die Nachhaltigkeitsstrategien der Länder, wie sie auch aktuell für NRW vorliegt, wird dafür eine stringente vertikale Abstimmung der Ziele und Vernetzung der Maßnahmen zu gewährleisten sein.
Johannes Remmel | Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW

Zusammenhänge zwischen Sozial- und Umweltpolitik sind genauer zu betrachten: Je geringer Einkommensunterschiede sind, desto geringer der ökologische Fußabdruck.
Prof. Dr. Kai Niebert | Leitung des Lehrstuhls Didaktik der Naturwissenschaften und der Nachhaltigkeit | Leuphana Universität Lüneburg und Universität Zürich | Präsident Deutscher Naturschutzring

Nicht versinken in einer Vor-Ort-Nachhaltigkeitsromantik! - Globale Zusammenhänge und innere Sicherheit sollten die Treiber sein.
Johannes Remmel | Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW

Internationale kommunale Kooperationen sind Motor und Gradmesser der tatsächlichen Mitwirkung an globaler nachhaltiger Entwicklung.
Dr. Stefan Wilhelmy | Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global

Im Rahmen der landesweiten politischen Nachhaltigkeitsarbeit müssen die SDGs zur Arena der politischen Debatte werden.
Josef Tumbrinck | Landesvorsitzender | NABU NRW

Im Gegensatz zu verbindlichen Abkommen wie TTIP o.ä. sind die SDGs freiwillig. Damit verbindet sich die Gefahr der Beliebigkeit. „Nicht nur das Boot mit den Flüchtlingen ist voll, sondern das, in dem wir alle sitzen."
Dr. Boniface Mabanza | Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) | Heidelberg

Forum kommunale Entwicklungspolitik

SDGs und 2030-Agenda - neue Impulse für kommunale Nachhaltigkeit

Die SDGs sind vor Ort kaum bekannt:

- Ziele erscheinen nicht erreichbar
  Strategien brauchen eine mittlere Zielebene (strategische und operative Zielsetzungen), damit Leitlinien und Maßnahmen auch einer strategischen Evaluation unterzogen werden können
- komplexe und komplizierte Themen sind schwierig zu kommunizieren
- insbesondere im ländlichen Raum fällt es noch schwer die Strategien auf die kommunale Ebene herunterzubrechen

Umsetzung vor Ort:

- erfordert das Umdenken der Bevölkerung: Nachhaltigkeit ist gleich Lebensqualität
- Kampagnen und Aktionen (am besten bundesweit)
- durch Coaching und Bildung die Bevölkerung mitnehmen
- Aktivieren der Ressourcen der Zivilgesellschaft: Transition Town, Regionalbewegung …

Umdenken der Kommunen:

- Strategien fortschreiben
  - doch mit mehr Partizipation als bisher, da damit auch die Umsetzungschance erhöht wird
  - und mit tatsächlicher Relevanz für das kommunale Handeln
  - und nicht nur ohnehin erfolgreiche Kommunen herausstellen (z.B. Freiburg)
- Ressourcen (Geld und Personal) in den und durch die Kommunen bereitstellen ist eine Kernforderung für Umsetzungserfolge
- Beschaffungsregeln anpassen
- Thema zur Chefsache machen
- ressortübergreifendes Arbeiten
- Migrant_innen einbeziehen
- e-Mobilität fördern

Politischer Rahmen:

- Bundesgesetzgebung
    - Steuern
    - Grenzwerte
    - Siegel
- Umsetzung der SDGs = Pflichtaufgabe
- Verknüpfung der Umsetzung von NH-Strategien mit Förderbedingungen

Chancen:

- politische Signalwirkung
- Messbarkeit
- universeller Ansatz
- Nachhaltigkeit ist heute keine Zusatzaufgabe mehr
- Entscheidungen in der Politik / Verwaltung sollten bereits heute nach NH-Kriterien geprüft werden: „Nachhaltigkeit muss kassenwirksam werden“
- Wer heute eine NH-Strategie aufstellt, kann die Förderpolitik von morgen antizipieren, die sich an NH-Kritierien ausrichten wird
- Beim Fairen Handel können einige wenige Schritte und aktive Personen viel verändern (siehe EEG)

Risiko:

- freiwillige Aufgabe
- Thema ist präsent doch mit zu wenig Effekt

80% der Teilnehmenden halten die SDGs für eine Chance, Nachhaltigkeit vor Ort besser umzusetzen

Die Städte von ca. 50% der Teilnehmenden haben einen Agenda21-Beschluss.

Wie können kommunale Partnerschaften einen Beitrag zur 2030-Agenda und SDGs leisten?

- 2030 Agenda = neue Liebe zu alten Partnerschaften = neue Impulse für kooperatives Agieren
- im Dialog statt im Diktat wirken
- Jugendliche in Kontakt bringen
- SDGs als Lerninhalt in Schulen
- Welten zusammenbringen
- Ideen transportieren
- Erfolge der SDGs sichtbar machen

Nachhaltige und faire Beschaffung - aktuelle Erfahrungen und Möglichkeiten

- Dialogformen in alle Richtungen praktizieren: zwischen verschiedenen Akteur_innen und innerhalb einer Akteursgruppe
- Akteur_innen aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft leisten Fundamentales für eine faire und nachhaltige öffentliche Beschaffung
- dazu ist aber Entscheidungskompetenz erforderlich
- es müssen Vorgaben gemacht werden, d.h. Verbindlichkeit hergestellt werden, die den Reden Taten folgen lassen

Themenbereich: Nachhaltigkeit strategisch integrieren

Lokale Steuerung mit dem Monitor Nachhaltige Kommune – Praxisbeispiele aus den Städten Freiburg und Wernigerode sowie dem Kreis Lippe

Der schwierige Weg von der Strategie zur Umsetzung – Anforderungen an eine erfolgreiche Integration von Nachhaltigkeitszielen in die Verwaltungsarbeit:

- enge Verbindung des Nachhaltigkeitsmanagements mit dem strategischen Bereich des / der Oberbürgermeister_in
- Konsultativer Prozess zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft zur Entwicklung eines Leitbildes bis hin zu operativen Zielen erforderlich
    - damit ist ein breit angelegtes Kommunikationsmanagement zu verbinden, welches horizontal und vertikal wirkt
- Beschluss des Stadtrates erforderlich, um Ziele und Umsetzung verbindlich zu machen
- Verankerung von NH-Zielen im Haushalt (Bertelsmann-Projekt)
- Nachhaltigkeitsberichterstattung zusammen mit Haushaltsberichterstattung erstellen und diskutieren, um Aufwand und Wirkung des nachhaltigen Handelns sichtbar zu machen
    - dazu sind Schlüsselprodukte mit den NH-Zielen zu verknüpfen;
      diese Schlüsselprodukte müssen kommunal steuerbar sein
    - dieser Zusammenhang muss auch im Bürgerbeteiligungshaushalt sichtbar sein
- Evaluation und Messung des eigenen Handelns auf Basis von Indikatorensets als Grundlage des Berichts und der Steuerung

Wie die Umsetzung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie gelingt

Die Landesregierung hat im Juni 2016 die erste Nachhaltigkeitsstrategie (NHS) für NRW beschlossen. Folgende Schwerpunkte und Diskussion sind damit verbunden:

- soziale Dimension (z. B. Armut und Ernährung): Bisherige NHS in anderen Bundesländern und Bund berücksichtigen diese i. d. R. in geringerem Maße. Anspruch der NHS NRW war die Abdeckung aller drei Dimensionen.
- NHS NRW stellt SDG-Bezüge her, richtet sich aber nicht komplett danach aus – diese Ausrichtung (wie in der DNHS) wäre „politisch nicht optimal“ - SDG-Bezüge der NHS NRW wurden nur auf Oberziel-Ebene umgesetzt, nicht auf Target-Ebene
- Mobilität war größter Diskussionspunkt im Landeskabinett;
  Kommunen haben dies priorisiert, Mobilitätsverbände haben sich dafür ebenfalls eingesetzt. Im Ergebnis stand das Themenfeld Nahmobilität mit Indikator Modal Split.
- Problematik Ressortdenken: Ministerien fokussieren i. d. R. ihre eigenen Themenfelder/Schwerpunkte

- Parlamentarischer Beirat als zuständiges Gremium: Nachhaltigkeit in bestimmtem Gremium anzusiedeln würde evtl. wieder dem Ressortdenken Vorschub leisten
- Berichtssystem: 2020 1. Bericht, danach immer in jeder laufenden Legislaturperiode; Alle 2 Jahre Indikatorenbericht

Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung der von den Vereinten Nationen verabschiedeten globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs)

heute handeln.
Gemeinsam für **nachhaltige Entwicklung** in NRW.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

	Ziele der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie
1 Keine Armut	› Verringerung der Armutsrisiken im Alter › Senkung der Armutsrisikoquote von Menschen mit Migrationshintergrund › Verringerung der Einkommensunterschiede
2 Kein Hunger	› Steigerung des Flächenanteils mit ökologischer Landwirtschaft an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche › Erhöhung des Ausgabenanteils von biologisch erzeugten Nahrungsmitteln (mit EU-Biosiegel) an den Gesamtlebensmittelausgaben › Minderung der Nitratbelastung aller Grundwasserkörper auf < 50 mg/1 › Senkung des Stickstoffbilanzüberschusses auf 60kg N/ha
3 Gesundheit und Wohlergehen	› Senkung des Anteils der Erwachsenen bzw. der Schülerinnen und Schüler mit Adipositas bzw. Übergewicht › Senkung des Anteils der Menschen, die gelegentlich oder regelmäßig rauchen › Senkung der Gesamtlärmbelastung in Wohnbereichen unter Berücksichtigung von WHO-Empfehlungen und Lärmwirkungsforschung › Bedarfsgerechtes Angebot für Kinder von einem Jahr bis zum Schuleintritt in Ganztagsbetreuung › Senkung des Anteils der Frühverrentung wegen psychischer Erkrankungen › Steigerung des Versorgungsanteils pflegebedürftiger Menschen durch ambulante Dienste und Wohngemeinschaften › Verringerung der vorzeitigen Sterblichkeit
4 Hochwertige Bildung	› Verbesserung der Durchlässigkeit und Chancengerechtigkeit des Bildungssystems › Bedarfsgerechtes Angebot für Kinder von einem Jahr bis zum Schuleintritt in Ganztagsbetreuung › Reduktion des Anteils der 18- bis 24-Jährigen ohne Abschluss Sekundarbereich II (Hochschulreife, abgeschlossene Berufsausbildung) › Erhöhung des prozentualen Anteils der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinen Schulen › Erhöhung der Bildungsteilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund › Querschnittsaufgabe der Nachhaltigkeitsstrategie: Verankerung der Bildung für nachhaltig Entwicklung (BNE) in den einzelnen Bildungsbereichen
5 Geschlechtergleichheit	› Verringerung des Verdienstabstandes zwischen Männern und Frauen › Steigerung des Anteils von Frauen in Führungspositionen in Betrieben bzw. obersten Landesbehörden › Verringerung der geschlechtsspezifischen Armutsrisiken
6 Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen	› Herstellung eines guten ökologischen Zustands bzw. Potenzials für alle Wasserkörper der Fließgewässer entsprechen der EU-Wasserrahmenrichtlinie › Minderung der Nitratbelastung aller Grundwasserkörper auf < 50 mg/1
7 Bezahlbare und saubere Energie	› Gewinnung von mehr als 30 % des Stroms aus erneuerbaren Energien bis 2025; bis 2050 ambitionierter Ausbaupfad im Rahmen bundesweiter Ausbauziele von mehr als 80 % › Reduktion des Primärenergieverbrauchs bis 2020 um 12 bis 18 % und bis 2050 um 45 bis 59 % › Steigerung der Endenergieproduktivität langfristig bis 2050 auf 1,5 bis 1,8 % pro Jahr › Verringerung des Endenergieverbrauchs privater Haushalte
8 Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum	› Steigerung der Erwerbstätigenquote von Personen im Alter von 15 Jahren bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter sowie bei Älteren, insbesondere von älteren Frauen › Annährung der Erwerbstätigenquote der Personen mit Migrationshintergrund an die allgemeine Erwerbstätigenquote › Verringerung der Einkommensunterschiede › Strukturell ausgeglichene Landeshaushalte ab 2020 › Nachhaltige Rückführung der Schuldenstandsquote ab 2020
9 Industrie, Innovation und Infrastruktur	› Bis 2025 Steigerung der Erwerbstätigen in der Umweltwirtschaft auf 420.000 › Substantielle Steigerung der Bruttowertschöpfung der Umweltwirtschaft › Substantielle Steigerung der Rohstoffproduktivität › Steigerung des Anteils der Betriebe, die im vorangegangenen Geschäftsjahr eine Produkt- bzw. Verfahrensinnovation eingeführt haben › Erhöhung des Mobilitätsverbund-Anteils (Fußgänger, Rad, Bus und Bahn, E-Mobilität, Fahrgemeinschaften etc.) am Verkehrsaufkommen im innerstädtischen Personenverkehr auf 60 % im Modal Split (Zahl der Wege)
10 Weniger Ungleichheiten	› Verringerung der Einkommensunterschiede › Verbesserung des Arbeitsmarktzuganges für Menschen mit Migrationshintergrund, Stärkung von Position am Arbeitsmarkt und gesellschaftlicher Teilhabe › Annährung der Erwerbstätigenquote der Personen mit Migrationshintergrund an die allgemeine Erwerbstätigenquote › Erhöhung der Bildungsteilhabe und Chancengleichheit von Menschen mit Migrationshintergrund
11 Nachhaltige Städte und Gemeinden	› Steigerung Zahl der Kommunen, die nachhaltige Entwicklung strategisch verfolgen › Durchschnittliche energetische Sanierungsrate von 2 % jährlich mit dem Langfristziel eines nahezu klimaneutralen Gebäudebestandes bis 2050 › Senkung Jahresmittelwerte der Immissionskonzentrationen von PM 10 auf 20 µg/m³ und für N02 auch an Straßen in Ballungsräumen auf Werte deutlich unter 40 µg/m³ › Begrenzung der Flächeninanspruchsnahme für Siedlung und Verkehr auf 5 ha pro Tag; langfristig wird ein Netto-Null-Verbrauch angestrebt › Förderung lokaler Konzepte zur altengerechten Quartiersentwicklung › Flächendeckend integrierte Klimaschutz- und -anpassungskonzepte auf kommunaler Ebene
12 Nachhaltige Konsum und Produktion	› Bis 2020 Erreichung einer Recyclingquote von 65 % (Bioabfälle und werthaltige Abfälle an der Gesamtmenge der Haushaltsabfälle) › Erhöhung des Ausgabenanteils von biologisch erzeugten Nahrungsmitteln (mit EU-Biosiegel) an den Gesamtlebensmittelausgaben › Verringerung des Ressourcenverbrauchs der privaten Haushalte › Verringerung des Endenergieverbrauchs privater Haushalte › Substantielle Steigerung der Rohstoffproduktivität › Substantielle Steigerung der Bruttowertschöpfung der Umweltwirtschaft
13 Maßnahmen zum Klimaschutz	› Verringerung der Treibhausemissionen um mind. 25 % bis 2020 und um mind. 80 % bis 2050 › Senkung bzw. Stabilisierung des wetterbedingten Schadenaufwands in der verbunden Wohngebäudeversicherung › Senkung bzw. Stabilisierung der Einsatzstunden von Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen bei wetter- und witterungsbedingten Schadenereignissen › Flächendeckend integrierte Klimaschutz- und -anpassungskonzepte auf kommunaler Ebene
14 Leben unter Wasser	› Senkung des Stickstoffbilanzüberschusses auf 60 kg N/ha › Herstellung eines guten ökologischen Zustands bzw. Potenzials für alle Wasserkörper der Fließgewässer entsprechen der EU-Wasserrahmenrichtlinie
15 Leben an Land	› Reduktion des Anteils der Rote-Liste-Arten auf 40 % › Erhöhung der Artenvielfalt in allen Landschaftsräumen › Ausweitung der Biotopverbundflächen auf 15 % der Landesfläche › Erhöhung der Stabilität und Anpassungsfähigkeit der Wälder durch Absenkung der reinen Nadelwaldbestände auf < 20 % › Steigerung des Anteils zertifizierter Waldfläche an der gesamten Waldfläche › Begrenzung der Flächeninanspruchsnahme für Siedlung und Verkehr auf 5 ha pro Tag; langfristig wird ein Netto-Null-Verbrauch angestrebt › Senkung des Stickstoffbilanzüberschusses auf 60kg N/ha
16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen	› Steigerung der Zahl der kommunalen Seniorenvertretungen › Steigerung des Engagementniveaus auf Grundlage des Freiwilligensurveys, nach Altersgruppen und Geschlecht sowie ggf. nach Engagementbereichen differenziert
17 Partnerschaften zur Erreichung der Ziele	› Steigerung des Werts der Einfuhren aus Entwicklungsländern nach NRW › Erhalt der Landesprogramme im Bereich Eine Welt-Politik auf einem angemessenen Niveau › Stärkung des internationalen Wissens- und Bildungsaustauschs durch Steigerung des Anteils ausländischer Studierender an Hochschulen in NRW › Strukturell ausgeglichene Landeshaushalte ab 2020 › Nachhaltige Rückführung der Schuldenstandsquote ab 2020
Ziele für nachhaltige Entwicklung	Soweit nicht anders angeführt bezieht sich der Zeithorizont für die Erreichung der Ziele auf das Jahr 2030. Weiterführende Informationen zur NRW-Nachhaltigkeitsstrategie und den konkreten Zielen enthalten die Broschüren „heute handeln – Gemeinsam für Nachhaltigkeit in NRW" sowie der Indikatorenbericht 2016 „Nachhaltigkeitsindikatoren Nordrhein-Westfalen". Beide sind als Download auf den Webseiten nachhaltigkeit.nrw.de und nachhaltigkeitsindikatoren.nrw.de verfügbar.

Diskussion und Anregungen zur NHS für NRW

- NH ist durch die Strategie noch nicht automatisch Grundlage des Regierungshandelns.
- Noch mehr Kommunikation zu „gutes Leben - Nachhaltigkeit“ erforderlich.
- Einzelne thematische Ziele müssen nachgebessert werden (Klimaschutz, Armut…).
- Bezüglich der kommunalen Schnittstelle ist noch Verstärkung erforderlich (z. B. als eigenes Handlungsfeld).
- Verstärkung Partizipation (ständige Begleitung)
- Bildung sollte ein Schwerpunkt einer NHS sein.
- Gesetz „klimaneutrale Landesverwaltung“ sieht ein Konzept vor, das schon hätte erarbeitet werden müssen.
- Sind die Schwerpunkte insgesamt richtig gelegt?
  Evtl. Armut weniger priorisieren, da hier weniger Herausforderungen in Deutschland bestehen; Fokus sollte eher auf Innovation und Bildung liegen.
- NH-Vorprüfung wird kaum Wirkung haben – bereits heute wird „Alternativ-Absatz“ bei Gesetzesvorlagen nicht genutzt.
- NHS ggf. zu breit aufgestellt und vorrangig mit Blick auf das Zusammenfassen bestehender Konzepte. Stattdessen sollte eher ein Fokus auf drei bis vier Themen gesetzt werden, zu denen eine Transformation angestrebt wird („nicht zu viel auf einmal, aber dafür Weniges konkret“): wie Industrie der Zukunft (Kreislaufwirtschaft), Mobilität
- Die Umsetzung sollte mehr im Fokus stehen als die Arbeit an Strategien.
- Es ist zu klären, wie Aktive vor Ort stärker einbezogen werden können – „Wie die SDGs ins Quartier holen?“
- Umsetzungsalternativen und gesellschaftliche Utopien sollten weiterhin zum Thema gemacht werden.
- Im Zusammenhang mit einer NHS sind Themen De-Growth und Wohlstandsverständnis/-definition sowie Konflikte zwischen Privatinteressen und Gemeinwohl zu diskutieren.

Ergebnis der Diskussion:

- NHS NRW ist der Rahmen, d.h.,
  - Landesregierung kann Dialoge organisieren und die Umsetzung fördern
  - die politische Umsetzung muss durch politische Akteure und vor Ort umgesetzt werden – „das können und wollen wir nicht auf Landesebene machen, weil wir nicht bevormunden wollen“
- Es braucht ein anderes Wachstumsverständnis – „Wir müssen den Menschen klar machen, dass es auch ihr eigener Vorteil ist, wenn wir anders wachsen“
- Umsetzungsimpulse in wesentlichen Themenbereich sind erforderlich
- die Mehrheit der Menschen und deren individuelle Interessen muss wahrgenommen werden, um populistischen Bewegungen keinen Vorschub zu leisten
- Wachstumskritik sollte differenzierter sein. „Wachstum muss nicht nur quantitativ sein, sondern auch qualitativ“ (Bildung, Innovation)

- Es ist gelungen, den Gedanken der NE weiter zu geben. Es ist nun erforderlich:
  - die Kontinuität über Legislaturperioden hinaus gewährleisten
  - Ehrliche Evaluation der Landesregierung anhand von NH-Indikatoren
  - Zulassen harter Debatten: Kohleausstieg, Armut in Deutschland…

Themenbereich: Klimaschutz

Kommunales Klimaschutzmanagement - Strategien, Instrumente, Erfahrungen

- Die ambitionierten Zielstellungen zur CO_2-Reduktionen erfordern ein Zusammenwirken aller Akteur_innen vor Ort. Um dies zu erreichen, ist sowohl eine kommunale Stabsstelle als auch eine davon unabhängige Klimaschutzagentur sehr wichtig.
- Die Schwerpunkte des kommunalen Klimaschutzmanagements liegen in allen drei vorgestellten Beispielen vor allem in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkarbeit und Controlling.
- Besondere Aktivitäten in den Städten/Regionen sind:
  - Region Hannover: Förderung von „Leuchtturmprojekten“ mit bis zu 100.000 Euro sowie Unterstützung der Gründung von Energiegenossenschaften
  - Essen: Projekt „Grüne Hauptstadt Europas“
  - Dortmund: umfassender Beteiligungsprozess zum „Masterplan Energiewende Dortmund“

Energieeffizientes Quartier

- Klimaschutz und Stadterneuerung als zwei Seiten einer Medaille betrachten
- Stärke des Quartiers ist die zielgruppenspezifische Ansprachemöglichkeit
- Vielschichtigkeit des Quartiers (Wohnen, Kita, Schule, Freizeit, Handwerk und Handel) macht vielseitige Handlungsoptionen sichtbar
- neben Anwohner_innen sind aber auch Versorger und Verbände, Kirchen usw. kommunikativ einzubeziehen – im Quartier lassen sich neue Kooperationen schmieden
- nicht nur Kommunikation der geforderten Verhaltensänderung, sondern auch der Effekte
- Mobilität in und zwischen den Quartieren stärker betrachten und wichten
- Energieberatung vor Ort ist zugleich Mobilitätsberatung und Armutsbekämpfung

Smart Mobility - die Mobilitätswende vor Ort gestalten

- Die Alternative zum Besitzen und Nutzen eines Pkw ist nicht eine andere Mobilitätsform allein, sondern das ineinandergreifende Gesamtangebot von Mobilitätsdienstleistungen.
- Hierbei spielen technische Verknüpfungen (Zugang, Information, Abrechnung), aber auch die Verbindung mit regenerativer Energieversorgung eine wichtige Rolle.
- Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr setzt stark auf die Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger und baut hierfür komfortable Mobilitätsstationen auf, die ein Umsteigen zwischen Fahrrad oder Elektroauto und öffentlichen Verkehrsmitteln erleichtern.
- Die Mobilitätsstationen werden so konzipiert, dass sie auch zu Kommunikationsorten mit Aufenthaltsqualität werden.

- Da die öffentlichen Verkehrssysteme im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr bereits nahe an ihrer Kapazitätsgrenze arbeiten, wird insbesondere im Ausbau des Radverkehrs großes Potenzial zur Ausweitung umweltfreundlicher Mobilität gesehen.
- Besonderes Augenmerk gilt der Schaffung von sicheren, aber auch platzsparenden und bezahlbaren Fahrradabstellanlagen in Form von kollektiven Fahrradboxen, um das Abstellen von höherwertigen Fahrrädern in den Mobilitätsstationen zu ermöglichen.
- Der Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart führt derzeit eine komplexe MobilCard ein, mit der bei entsprechender Anmeldung verschiedene Mobilitätsdienstleistungen über eine Karte genutzt und abgerechnet werden können. Dadurch werden Hemmnisse zur Nutzung unterschiedlicher Verkehrssysteme weiter abgebaut.

Themenbereich: Stadtentwicklung

Nachhaltigkeit und Beteiligung im Quartier

Wichtig für das Gelingen von Beteiligung sind:

- Unterstützung der Politik
- Transparenz der Entscheidungswege
- interdisziplinäre Zusammenarbeit in den Gremien
- niederschwellige / konkrete Projekte für die Bürgerschaft
- schnelle Resultate zum Anfassen
- Stellvertreter_innen / Multiplikatoren_innen einbinden
- Kümmerer vor Ort

Kräfte bündeln - Wie könnte man bundesweite Prozesse zur Förderung lokaler Nachhaltigkeit sinnvoll verknüpfen?

- Licht ins Dickicht der Vielfalt an Prozessen und Akteure bringen
- neue Anforderungen an regionale bzw. kommunale Partnerschaften mit dem Ziel der Stärkung der regionalen Wertschöpfung
- Die Chance für Kommunen sich zu vernetzen sowie für den Erfahrungsaustausch steht der Herausforderung des sehr unterschiedlichen Nachhaltigkeitsverständnisses der Kommunen gegenüber.
- Stadtentwicklung und Flächenverbrauch versus Umwelt und Nachhaltigkeit
- Kultur wird als Motor und Thema im komplexen Feld der nachhaltigen Stadtentwicklung kaum genutzt
- Die Kräfte sind insbesondere für die kleinen Kommunen und Kreise zu bündeln.
- Nachhaltigkeit muss Eingang in die eigentlichen kommunalen Geschäftsprozesse finden. Auch gesamtgesellschaftlich implementieren. Das muss durch kontinuierliche Begleitung und Beratung erfolgen, mit dem Ziel, dass Nachhaltigkeit von Anfang an mitgedacht wir ("Add-On"- Mentalität durchbrechen).

Migration und Wachstum der Städte - Herausforderungen für nachhaltigen Wohnungsbau

- Die steigende Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum stellt Anforderungen an eine Kostensenkung beim Neubau bei gleichzeitigem Erhalt der hohen energetischen und ökologischen Standards.
- Hierzu muss der Ansatz der Standardisierung und Typisierung wieder aufgegriffen und neu interpretiert werden. Damit sind nicht Wohnsiedlungen im Plattenbaustil gemeint.
- Frau Dr. Astrid Holz hat mit dem „Kieler Modell“ ein Beispiel aufgezeigt, wie mit einer Modulbauweise kostensparend angemessene Wohnanlagen hergestellt werden können. Der Ansatz ist baustoffunabhängig gedacht.

- Dieses Modell eignet sich sowohl für Flüchtlingsunterkünfte, Studentenwohnheime und Internate als auch für Projekte gemeinschaftlichen Wohnens im Alter. Die Funktionsauslegung kann mit geringem Umbauaufwand verändert werden.
- Herr Pohlmeyer vom Holzbaucluster Rheinland-Pfalz präsentierte einen ähnlichen Ansatz verbunden mit der Ausrichtung auf Holzbauweise.
- Die Teilnehmer_innen waren sich darin einig, dass die dargestellten Ansätze großes Potenzial bieten, die Kostensteigerung im erforderlichen Wohnungsneubau zu dämpfen.
- Die realisierten Beispiele sollten in vielfältiger Form weiterverbreitet werden, um Bauherren, Architekten und Kommunalverwaltungen hierfür zu sensibilisieren.
- Kostengünstiger Wohnungsbau ist durch kombinierbare Systemmodule bei Erhalt der Standards möglich.
- Klimaschutzmanagement, als Teil der Stadtentwicklung, ist ein fortlaufender Prozess unter Einbindung lokaler Akteur_innen.

Weitere Schlaglichter der Diskussion:
- "Gutes Wohnen ist der erste Schritt zu Integration und Aggressionsabbau"
- "Wir brauchen und haben Konzepte menschenwürdiger Architektur"
- "Es braucht mehr Koordination und andere Wettbewerbsverfahren" - geltendes EU-Vergaberecht widerspricht unseren regionalen Subsistenzwelten
- der Verband Wohnungseigentum (ehemals Dt. Siedlerbund) unterstützt partizipatives Bauen

Themenbereich: Nachhaltiger Lebensstil

Nachhaltige Religionsgemeinschaften – Praxistaugliche Beispiele

- auch für Religionsgemeinschaften gilt:
  - Grundlage ist die persönliche Haltung (Zusammenwirken von Hirn, Herz und Hand)
  - energieeffiziente Immobilien, nachhaltiges Veranstaltungsmanagement und Finanzwesen sowie nachhaltige Flächennutzung sind auch hier Themen
- SDGs sind die Kriterien einer nachhaltigen Finanzwirtschaft oder das Geländer am Aufstieg zum „Berg der globalen Nachhaltigkeit“
- Zugang zum Thema über „Verschwendung“ versus „Maßhalten“
- Belegstellen zum Erhalt der Schöpfung in Koran, Bibel, Thora als Kommunikation von nachhaltigen Lebensstilen nutzen: von der „Sonntagspredigt“ zum Montagshandeln
- es ist Übersetzungsarbeit in jeder Hinsicht zu leisten
- zahlreiche Kommunikationsplattformen für Erfolge und gute Beispiele nutzen
  - grüne Moschee
  - grüner Hahn
  - grüne Hochzeit
  - interkonfessionelle Beschaffungsgemeinschaften
- strenges hierarchisches System der Religionsgemeinschaften steht manchmal einer Verbreitung von nachhaltigen Handlungsoptionen im Wege
- nachhaltige Finanzwirtschaft der Religionsgemeinschaft:
  - öffentliche Aussagen zum Rückzug aus Investitionen und Ressourcennutzungen, die mit Gewalt und Menschenrechtsverletzungen in Verbindung stehen, beispielweise „Blutkohle“
  - ansetzen an unterschiedlichen kulturellen Hintergründen
- Empfehlungen für Investitionen in der Einen Welt abgeben – Vertrauensvorsprung positiv nutzen

Wie weiter mit der Bildung für Nachhaltige Entwicklung - Gute Beispiele für neue Zielgruppen

Wo stehen wir?

- bereits viele positive Beispiele und organisatorische Strukturen
- BNE-Agentur und -Strategie
- Vernetzungen, z.B. Solingen, Bergisches Land
- Schulen machen BNE ohne zu wissen, dass es BNE ist
- Materialien für KITAs und Schulen zum Kompetenzerwerb
- Einsatz von externen Expert_innen

Herausforderungen:

- Schwierige Bedingungen im ländlichen Raum
- BNE ist mehr als Umweltbildung – Wie wird BNE (Aktivitäten und Notwendigkeit) kommuniziert?
- Aktuelle Schritte:
    - Methodenkompetenz bei Lehrer_innen und Erzieher_innen
    - Stundenausfall / Lücken im Stundenplan mit BNE-Angeboten füllen
    - generell Bildung anders denken – systemischer Wandel
    - BNE muss integriert und nicht noch zusätzlicher Teil des Stundenplanes werden

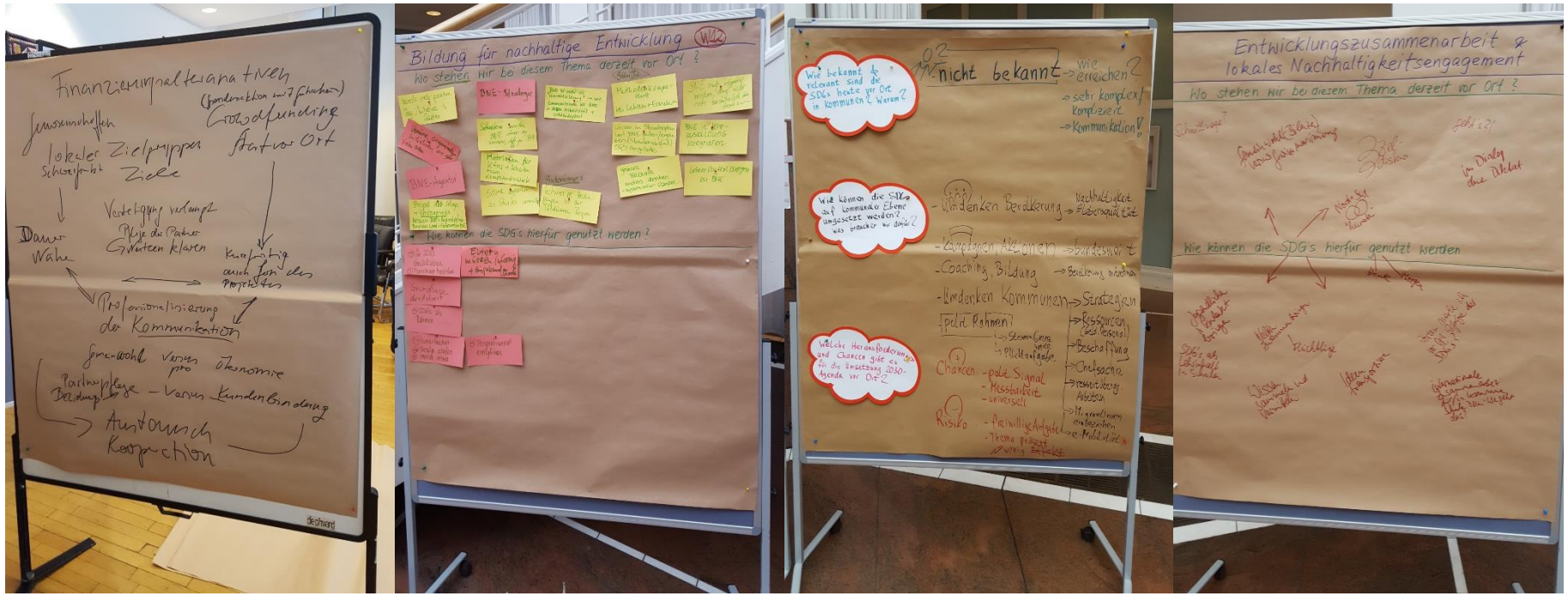
Wie können die SDGs hierfür genutzt werden?

- sie sind inhaltlicher und methodischer Rahmen zugleich
- für SDGs sensibilisieren
- Eltern / sozialen Hintergrund einbinden
- sie ermöglichen den Perspektivwechsel
- sie sind auf örtliche Bedingungen runterzubrechen: Bezüge schaffen, Impulse setzen

Themenbereich: Wirtschaft und Finanzen

Neue Finanzierungsinstrumente nutzen - Stiftungswesen, Bürgerfonds, Crowdfunding

- Nachhaltigkeit auch für die Projekte selbst sichern. Unterstützung ist über die Startphase hinaus notwendig
- räumlicher, inhaltlicher Bezug und zeitlich überschaubarer Rahmen sind Grundlage einer erfolgreichen Mittelakquise
- Crowd mehr als Geldbeschaffungseinrichtung, auch Kommunikationsplattform
- Crowdfunding hilft:
  - positives Kommunizieren zu erlernen
  - Geben und Nehmen zu organisieren
  - den Nutzen des eigenen Projektes für andere zu erkunden
  - machbare Etappenziele zu setzen
- Genossenschaften sind nicht nur als Energiegenossenschaften anzutreffen – Genossenschaften können auch Immobilien in Wert setzen: Bsp.: unter- oder ungenutzte Bahnhofsempfangsgebäude
- nicht allein die Akquise von Finanzmitteln führt zum Erfolg
  - Partner_innen als Multiplikatoren_innen
  - Helfer_innen zur tätigen Umsetzung
  - Vernetzung von Projekten (Bahnhofscafé, touristische, kulturelle, Mobilitätsangebote)
  - Partner_innenpflege versus Kunden_innenbindung
- Erfolgsfaktoren:
  - starke Partner_innen
  - vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten
  - Würdigung der Unterstützer_innen und Helfer_innen
  - Identifikation
- Professionalisierung von Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Divestment: Verantwortung übernehmen - institutionelle Anleger gestalten Klimaschutz

- Nachhaltigkeit für kommunale Geldanlagen auf kommunaler Ebene definieren
- kommunale ökologische / soziale Anlagerichtlinien entwickeln
- Transparenz im kommunalen Haushalt bzgl. Anlagekriterien herstellen
- Divestment als Signal nutzen, als Antreiber – aber nur ein Element von mehreren